



11. Jahrgang 2008
Heft Nr. 2
ISSN 1435-439X

ZEUS

ZEITSCHRIFT FÜR EUROPARECHTLICHE STUDIEN

Christian Koenig und Philipp Vorbeck

Europäische BEIHILFENKONTROLLE in der DASEINSVORSORGE
Ein kritischer Zwischenruf zum MONTI-PAKET

Donatos Papayannis

Die POLIZEILICHE ZUSAMMENARBEIT und der VERTRAG von PRÜM

Helmut Philipp Aust

Von UNIONSBÜRGERN und anderen Wählern
Der Europäische Gerichtshof und das WAHLRECHT zum EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Anders Leopold und Constanze Semmelmann

Civis europaeus sum
Gewährleistungen und Grenzen der FREIZÜGIGKEIT der UNIONSBÜRGER

Barbara Havelková

Die Anwendung des VERHÄLTNISMÄSSIGKEITSPRINZIPS durch den EuGH
bei der Feststellung von DISKRIMINIERUNGEN AUFGRUND DES GESCHLECHTS

Tilmann Lahann

Die neue MEDIATIONSRICHTLINIE



BWV • BERLINER
WISSENSCHAFTS-VERLAG



EUROPA-
INSTITUT
Sektion Rechtswissenschaft
UNIVERSITÄT DES SAARLANDES

Impressum

Herausgeber: Prof. Dr. Werner Meng
Prof. em. Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Georg Ress
Prof. Dr. Torsten Stein

Europa-Institut der Universität des Saarlandes
Sektion Rechtswissenschaft
Postfach 15 11 50, D-66041 Saarbrücken
Telefon: +49-(0)681-302 66 93 / Telefax: +49-(0)681-302 43 69
E-Mail: zeus@europainstitut.de / Internet: http://europainstitut.de

Schriftleitung: Anja Trautmann LL.M. (verantwortlich)

Lektorat: Christian Klöpper, Simone Reiß, Daniel Turchi

Redaktion: Julien Arnaud, Sven Ballschmiede, Claudia Bieber LL.M., Assoc. Prof. Dr. Jürgen Bröhmer, Dr. Christian von Buttlar LL.M., Prof. Dr. Christian Callies M.A.E.S., LL.M.Eur., Eileen Fuchs LL.M., Dr. Franz-Werner Haas LL.M., Prof. Dr. Michael Hahn LL.M., Stefanie Hiesinger, Christiane Hillesheim LL.M.Eur., Dr. Robin van der Hout LL.M., André Husheer, Dr. Kai-Michael König, Dieter Lang LL.M.Eur., Julia Legleitner LL.M.Eur., Dr. Christian Meiser LL.M., Elke Petersen LL.M., Rüdiger Sailer, Rupert Schaefer LL.M., Rupert Steinlein LL.M.Eur., Anne Thies LL.M., Norbert Tüllmann LL.M., Dr. Jörg Ukrow LL.M.Eur., Inge Ziegler

© 2008 Europa-Institut der Universität des Saarlandes, Sektion Rechtswissenschaft

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung der Herausgeber.

Manuskripte sind an das Europa-Institut der Universität des Saarlandes, z.H. der Schriftleitung, zu senden. Für unverlangt eingereichte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwerben die Herausgeber vom Verfasser alle Rechte, insbesondere auch das Recht zur weiteren Vervielfältigung und Lizenzvergabe zu gewerblichen Zwecken sowie zur Publikation im Internet. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder.

Die Zeitschrift für Europarechtliche Studien erscheint vierteljährlich. Der Preis für das Jahresabonnement beträgt 59 €, der Vorzugspreis für Studierende und Rechtsreferendare 35 €. Der Preis des Einzelheftes beträgt 16,90 €. Alle Preise verstehen sich inkl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten von 8 € (Inland) und 13,40 € (Ausland) pro Jahr.

Eine Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende möglich.

Satztechnik: Evelyne Engel, Universitätsdruckerei
Umschlaggestaltung, Hermann Koenen
Entwurf Signet „ZEuS“: Saarbrücken
Verlag und Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH
Anzeigenverwaltung: Axel-Springer-Str. 54 b, 10117 Berlin
Telefon: +49-(0)30-84 17 70-11, Fax: +49-(0)30-84 17 70-21
E-Mail: bwv@bwv-verlag.de
www.bwv-verlag.de

ISSN 1435-439X

Inhalt

Christian Koenig und Philipp Vorbeck

Europäische BEIHILFENKONTROLLE in der DASEINSVORSORGE
Ein kritischer Zwischenruf zum MONTI-PAKET 207

Donatos Papayannis

Die POLIZEILICHE ZUSAMMENARBEIT und der
VERTRAG von PRÜM 219

Helmut Philipp Aust

Von UNIONSBÜRGERN und anderen Wählern
Der Europäische Gerichtshof und das WAHLRECHT zum
EUROPÄISCHEN PARLAMENT 253

Anders Leopold und Constanze Semmelmann

Civis europaeus sum
Gewährleistungen und Grenzen der
FREIZÜGIGKEIT der UNIONSBÜRGER 275

Barbara Havelková

Die Anwendung des VERHÄLTNISMÄSSIGKEITSPRINZIPS durch
den EuGH bei der Feststellung von DISKRIMINIERUNGEN AUFGRUND
DES GESCHLECHTS 305

Tilmann Lahann

Die neue MEDIATIONSRICHTLINIE 359

